

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: „Kindeswohlgefährdender Unterrichtsbelastung“ vorbeugen und Lernmotivation stärken durch eine solidarische und demokratische Lehr- und Lernkultur

Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

zum Abbau einer „kindeswohlgefährdenden Unterrichtsbelastung“ und zur Entfaltung einer das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler fördernden Lehr- und Lernkultur in den Schulen die erforderlichen finanziellen, personellen und räumlichen Bedingungen bereitzustellen, die

1. eine Schule der pädagogischen Vielfalt praktiziert, in der die Lernprozesse so gestaltet sind, dass sie die Integration aller Schülerinnen und Schüler fördern;
2. die Lernmotivation, Schülerorientierung und pädagogische Ausrichtung fördert und einseitige und überspitzte Leistungsforderungen, die seelischen Druck erzeugen, unterlässt;
3. die Ganzheitlichkeit - den Körper, die Sinne, die Neugier, die Ästhetik, das praktische Tun – stärkt;
4. die Formen der Eigenaktivität, der Teamarbeit und Situationen zur selbständigen Entscheidung und zum Aushandeln in den Unterricht und in den Schulalltag integriert;
5. die Vielfalt im Unterricht zur inneren Differenzierung von erlaubten Lernzeiten, Gegenständen und technischen Medien der Weltaneignung ermöglicht und

Dresden, den 28. März 2018

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

6. Rahmenpläne einzuführen, die stärker projektbezogen und handlungsorientiert angelegt sind als die herkömmlichen Lehrpläne und den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften einen größeren Handlungsspielraum in der Unterrichtsgestaltung eröffnen.

Begründung:

Die hohe Belastung von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern durch die Schule führt im Freistaat Sachsen zu einer andauernden Diskussion über das Verständnis und die Aufgabe von Schule und Unterricht. Im Zusammenhang mit der Novellierung des Sächsischen Schulgesetzes durch die Regierungskoalition sprach das Kultusministerium von „sehr massiven Klagen“ über eine das Kindeswohl gefährdende Unterrichtsbelastung an den Gymnasien. Daraufhin erklärte der Pressesprecher des Ministeriums:

„Unser Ziel ist, *die Unterrichtsbelastung der Schüler in allen Bereichen zu senken*“. (Freie Presse vom 23. November 2016, eig. Herv.) Die Anforderungen in der gymnasialen Oberstufe wolle man schon ab dem Schuljahr 2017/ 2018 senken.

Die seinerzeitige Kultusministerin, Brunhild Kurth, hatte die Beschwerden über eine zu hohe Unterrichtsbelastung noch abgewiesen und das sächsische Abitur als höchst anspruchsvoll gelobt: „Ein Abitur“, bekräftigte sie in der Presse, „muss anspruchsvoll sein und darf nicht verschenkt werden. [...] Die Ansprüche zu senken, halte ich für den falschen Weg, letztlich ist die gute Allgemeinbildung ein Vorteil auf dem Arbeits- und Wissenschaftsmarkt. Auch wenn das anspruchsvolle Abitur sicherlich für viele Gymnasiasten eine Tortur ist.“ (Dresdner Neueste Nachrichten vom 6. Juni 2015) Eine Kultusministerin vergleicht die Leistungen, die Abiturienten zu erbringen haben, mit der Folter.

Das Beispiel zeigt, wie kontrovers das Verständnis von Schule in Sachsen ist. Während die offizielle Bildungspolitik eine recht einseitige Leistungsorientierung vertritt, haben Eltern das Wohl ihrer Kinder im Blick. Sie kritisieren eine „Lehrplanüberfrachtung“ mit „einem ‚seelenlosen‘ Fakten- und Detailwissen“ und zu hohe Anforderungen. So verlangen die Lehrpläne den „Schülerinnen und Schülern am Ende der Sekundarstufe I in methodischer und fachlicher Hinsicht Kenntnisse ab, die eigentlich in ein akademisches Studium gehören“. Die hohe Unterrichtsbelastung führt dazu, dass „für den Moment und die nächste Klassenarbeit gelernt“, den Schülerinnen und Schülern jedoch „die Freude am Lernen und die experimentelle Neugier, die Motor menschlicher Entwicklung war und ist, genommen“ wird.

Einschlägige wissenschaftliche Studien bestätigen die Kritik der Eltern. Die Klagen von Schülerinnen und Schülern über eine zu hohe Belastung im Unterricht sind weniger ein Ausdruck subjektives Versagen, sondern ein Versagen der Schule. Die sog. „leistungsfördernden“ Schulstrukturen und Ansprüche im Unterricht führen zu einer Überforderung der Schülerinnen und Schüler, in deren Folge psychische Probleme bei den Betroffenen auftreten bis hin zur Schulverweigerung.

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag haben Schule und Unterricht die Aufgabe, die Freude am Lernen und das Wohl der Heranwachsenden zu fördern und nicht zu beeinträchtigen. Deshalb hält DIE LINKE eine *innere Schulreform* für erforderlich. Zu verbessern sind die finanziellen, personellen und räumlichen Bedingungen für die Bildung, um eine Schul- und Unterrichtskultur praktizieren zu können, die einer „kindwohlgefährdenden Unterrichtsbelastung“ vorbeugt und Schülerinnen und Schüler nicht entmutigt und demotiviert. Eine moderne, gleichwohl soziale Schule zeichnet sich durch eine solidarische und demokratische Lernkultur aus. In ihr ist – bildhaft ausgedrückt – beides möglich: „Kuscheln und Leistung“. Beides, so der Erziehungswissenschaftler Peter Struck, schließt einander nicht aus, sondern bedingt einander:

„Nähe, Emotionalität, Körperkontakt, Bewegung, Spiel, Ernährung, Pausen, Lob, Humor und Verständnis sind wichtige Voraussetzungen für Leistungsfähigkeit. Denn auch das könnte man aus Pisa herauslesen: Gerade die oben stehenden Länder haben eher dünne Lehrpläne, die Zeit zum Üben und Anwenden gewähren, haben gelassene Lehrer, die sich mehr als Lernberater denn als Be-Lehrer verstehen und investieren viel in die Atmosphäre ihres Schullebens.“